

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- DM, frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 DM, wöchentlich 30 Pfennig. Einzelnummern 10 Pfennig. Alle Postanfragen, Postträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, wenn die Abgabe des Blattes nicht möglich ist, wird die Redaktion hiervon in Kenntnis gesetzt. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der eingetragenen Nachrichten nicht verantwortlich.

Einzelgenossen: Die 8 gepaltene Kammer 20 Pfennig, die 4 gepaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pfennig, die 2 gepaltene Kammer 20 Pfennig, die 4 gepaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 47 — 91. Jahrgang      Telegr.-Abz.: "Amtsblatt"      Wilsdruff-Dresden      Volkshd.: Dresden 240      Donnerstag, den 25. Februar 1932

## Neue Tumulte im Reichstag

### Groener verteidigt seinen Reichswehrerlaß.

Stürmische Aussprachen.

Demnächst werden die Mitglieder des Ältesten Ausschusses noch um Erhöhung ihrer Diäten ersuchen wegen steigender Beanspruchung ihrer Zeit und Arbeit. Denn sie haben bereits in den zwei Reichstagsitzungen gehörig zu tun gehabt. Erst der Fall Goebbels, jetzt der Fall Weber, erst der Nationalsozialist, jetzt der Staatspartei.

Der zweite Tag der Reichstagsausdehnung brachte das Echo auf die Rede Dr. Goebbels am Vortage. Er geht gegen ihn der Reichswehrminister mit einer überaus scharfen Erklärung vor, was natürlich bei dem nationalsozialistischen Flügel lautesten Widerspruch findet, dem nachher der Parteiführer Fried erregten Ausdruck gibt. Dann treibt man dort gegenüber dem sozialistischen Redner, der selbstverständlich eine ebenso lange wie in der Form zugehörige Kampfsprache gegen die Rechtsopposition hält, ein nicht minder neckisches Spiel, der "Störung". Ab und zu greift wieder ein Witz durch den Saal; man pfeift schon besser und lauter als am Vortage. Dazwischen macht man in Volksgemurmel, nichts mittels dumpfen "Mabarber, Mabarber", sondern durch lautes Vorlesen von Zeitungsausschnitten oder gar von Drucksachen des Reichstages — bis nach mehrmaligen Ermahnungen der Reichstagspräsidentin wieder ein paar Abgeordnete deswegen aus dem Saale herausweist. Eine schärfere Geschäftsführung ist vom Präsidenten angefordert worden und er bringt sein Versprechen auch fast zur Ausführung.

Wiederholt zieht die Rechtsopposition zum Teil oder ganz aus dem Saal heraus, sobald irgendein Redner der Mitte die Tribüne betritt; besonders stark wird dieser Exkurs in dem Augenblick, als Graf Westarp dort oben erscheint. Aber es bleiben doch noch einige im Saal, und als nun der Staatspartei Dr. Weber die Nationalsozialisten beschuldigt, auf dem Wege des politischen Mordes voranzugehen, da füllen sich die nationalsozialistischen Reihen sehr schnell von außen her auf, sie eilen in den Saal zurück und — schnell genau dieselbe Szene wie gestern spielt sich wieder ab. Wieder steigt die Sitzung auf und der geplante Ältestenausschuss muß Frieden stiften, was ihm diesmal etwas besser gelingt. Aber die Stimmung im Reichstag ist nun derart im Steden, daß die arme Ältestenausschuss sich am zweitmäßigsten in Permanenz erklären sollte. Bekam doch der Ältestenrat gleich zum drittenmal zu tun, als sich ein sehr erregtes Zwiegespräch zwischen Dr. Rosenburg und verschiedenen Sozialdemokraten entwickelte. Das endete zunächst damit, daß von dem Redner den Zwischenrufern Ohrfeigen angeboten wurden und — zum drittenmal das nun schon beinahe üblich gewordene: Lärm auf der Linken. Der Präsident entzieht dem Redner das Wort, darauf Gegenlärm auf der Rechten. Vergeblich versucht der Präsident die Ruhe wiederherzustellen, die Sitzung zerplatzt. Und wieder tritt der Ältestenrat in Funktion. Fortsetzung folgt... wenn nicht heute, dann ein wenig später.

### Sitzungsbericht.

158. Sitzung.)      OB. Berlin, 24. Februar.

Zu Beginn der Sitzung des Reichstages nahm Reichsminister Groener das Wort, um auf die Zwischenfälle in der Sitzung des Vortages zurückzukommen. Dr. Goebbels, so erklärt der Minister, hat gesagt: "Sage, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist. Hindenburg gelobt von der Partei der Defektoren..." Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, so erklärt der Minister weiter, wird es als eine Ungeheuerlichkeit auffassen, wenn der Oberste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der Mann, der die Fahne auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach (Beifall in der Mitte und bei den Sozialdemokraten) in irgendeiner Beziehung mit dem Worte "Defektor" gebracht wird. (Zuruf des Abg. Goebbels, Nationalsozialist: "Das ist nicht geschehen, Herr Minister!") Diese Beleidigung, die ein Mann auszusprechen wagt, der selbst den Krieg nur vom Hörensagen kennt, (Stürmischer Beifall links und in der Mitte.) Diese Beleidigung kann der Größe und Bedeutung des Generalfeldmarschalls ebensowenig etwas anhaben wie der Verehrung, welche das deutsche Volk ob seiner Blückerfüllung in Krieg und Frieden erfaßt.

Als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der Wehrmacht habe ich den Kustos, diese ungeheuerliche Äußerung des Abg. Goebbels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten (Zuruf rechts: Stimmt ja gar nicht!), sondern des ganzen Volkes auf das entschiedenste zurückzuweisen. (Beifall in der Mitte, Lärm bei den Nationalsozialisten.)

Der Präsident schließt die Abgeordneten Dr. Ley (Nat.-Soz.) und Kleiner (Din.) wegen beleidigender Jurufe von der Sitzung aus.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) erwidert kurz, er müsse seltener Einspruch gegen die Erklärung des Ministers erheben. Es handle sich hier um eine völlige Entstellung des wahren Tatbestandes. (Beifall der Nationalsozialisten, Widerspruch links und in der Mitte.)

Darauf erhält Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) das Wort. Er stellt fest, daß die Parlamentarier von den Nationalsozialisten und ihrer Presse dauernd beschimpft würden. Man spreche von parlamentarischen Strauchdieben usw. (Während

der Rede des Abg. Dr. Breitfeld herrscht andauernd große Unruhe. Präsident Lohde schließt den Abg. Vetter (Nat.-Soz.) der durch lautes Vorlesen aus den Drucksachen den Redner dabei führen wollen, von der Sitzung aus.)

Nach lebhaften Zurufen von der Rechten verläßt die nationalsozialistische Fraktion und ein Teil der Deutschnationalen unter den Rufen: "Schließung!" den Saal.

Die Nationalsozialisten wollen auf legalem Wege an die Macht. Aber dieses Wort von der Legalität ist selbst in ihren Kreisen schon zum Kinderspiel geworden. Wie soll man die Mehrheit, die notwendig ist, bekommen, um legal die Macht zu ergreifen? Herr Minister Groener und General Schleicher sind ja heute anwesend. Ehe Sie noch einmal einen Erlaß herausgeben über die Legalität von Nationalsozialisten und ihre

### Aufnahmefähigkeit für die Reichswehr.

sehen Sie sich das Reichsgerichtsurteil vom 23. Februar 1930 an. Sie werden feststellen müssen, daß hier eine objektive Prüfung vorliegt, die aber beeinflusst ist durch Sympathie für die Rechte. Herr Minister Groener! Das eine möchte ich Ihnen sagen: Ich bewundere die

### Toleranz, die Sie gegen die Nationalsozialisten haben.

Wir hoffen, daß Sie diesen Erlaß und alles, was damit zusammenhängt, ernstlich nachprüfen. Die Legalität ist nicht nach den Worten des Führers, sondern nach den Taten der Geführten zu bewerten. Es gilt jetzt für uns, alle Kraft auf die Abwendung der tatsächlichen Gefahr zu konzentrieren. (Auf einen Zuruf von kommunistischer Seite drängen mehrere sozialdemokratische Abgeordnete, darunter der Abg. Stampfer, zu den Händen der Kommunisten, und es ertönt der Ruf: "Hinter die Kammern!" Durch Vermittlung anderer Abgeordneter gelingt eine Beilegung.)

### Reichswehrminister Groener.

Eine Einzelheit des Erlasses hat Anlaß gegeben zu einer Aussprache mit dem Bundesführer des Reichsbanners. Ich stelle fest, daß Herr Höfermann in seinen darauffolgenden Reden und in einem an mich gerichteten Brief als das Ziel des Reichsbanners bezeichnet hat, dem Gerede vom Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Wenn der neue Bundesführer des Reichsbanners diese Absichten in seinem Bunde durchzusetzen in der Lage ist, so wird er der öffentlichen Ruhe dienen, zu deren Aufrechterhaltung im Falle der Not allein die gesetzlichen Machtmittel des Staates genügen. Mein Standpunkt über

### Einstellung in die Wehrmacht

ist im Grundsatz unverändert, wie ich ihn im Herbst unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit dieses Hauses hier festgelegt habe. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze gebietet jetzt die Einstellung in die Wehrmacht auch für Angehörige der Nationalsozialistischen Partei bei einschneidenden Sicherungen.

### Die Wehrmacht steht über den Parteien.

Vorbedingung für den Eintritt in sie ist der Verzicht auf jegliche Parteipolitik. Die hier wiederholt abgegebenen Erklärungen des Führers der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und sein Bekenntnis zur Legalität, erstmals durch den Bruch mit dem radikalen Führer Stennes dargestellt, zeigen, daß der Führer der NSDAP, besetzt ist, illegale Elemente aus seiner Partei auszuschließen.

Das stellen auch die Entscheidungen des Reichsgerichts ausdrücklich fest. Diese Tatsachen haben mich bestimmt, das Ehrenrecht der Landesverteidigung auch den Angehörigen der

NSDAP nicht länger vorzuenthalten. Die Beschränkungen aus diesem Anlaß begreife ich nicht.

Abg. Dr. Holz (Zit.) betont, daß jede Kritik ihre Grenzen dort findet, wo nationale Interessen geschädigt werden. Wir lehnen eine maßlose, negative Politik, wie sie von der Rechten geübt worden ist, ab. Der Reichspräsident soll überparteilich sein. Der Reichstag ist unfähig, seine Aufgaben zu erfüllen. (Zuruf rechts: Auflösung!) Aber die Ursachen unserer wirtschaftlichen Not zu streifen, ist nicht nötig. Eine Vereinbarung darüber wird sich im Parlament nicht erreichen lassen. Daß

### die Reparationen die Hauptursache

sind, bestreitet niemand. Die Regierung hat bewiesen, daß sie den Mut hat, einzugehen. Das Volk verlangt aber Aufschluß und Klarheit. Deshalb bitte ich den Kanzler, seine Maßnahmen dem Volke so darzustellen, daß es sieht, ob ihm ein Hoffnungsschrahl winkt.

Das Ziel einer gesunden Wirtschaftspolitik darf nicht sein die möglichst rasche Zielgerung des Reichtums und der Lebenshaltung: mehr Wert ist die

Befähigung und die Gleichmäßigkeit unserer Wirtschaft und die Sicherung gegen die ständig wiederkehrende Krisengefahr. Darum darf nicht einseitig Exportwirtschaft bevorzugt werden, sondern wir müssen nach Möglichkeit unserer Binnenmarkt stärken. In der Agrarpolitik müssen wir hinsichtlich unserer Ernährung möglichst unabhängig vom Ausland werden. Unsere zweite Aufgabe ist die Verhinderung der Proletarisierung noch weiterer Kreise und die Schaffung und die möglichste Neubildung und

### Erweiterung der selbständigen Kreise des Mittelstandes.

Abg. Dr. Freyher von Freitag-Loringhoven (Din.) wendet sich den außenpolitischen Fragen zu, die von dem System Brüning geradezu verhängnisvoll behandelt worden seien. Brüning müßte vor allem

### um seiner Außenpolitik willen bekämpft werden.

da diese nur eine Kette von Misserfolgen und Niederlagen darstelle. Dr. Brüning habe nicht versucht, im Einvernehmen mit anderen Mächten die Tributfrage aufzurufen, sondern er hat unter französischem Druck die Bafeler Tributbank angerufen und den uns ungünstigen Bafeler Bericht annehmen lassen. Es lämen räuberische Indiskretionen vor und schließlich die Erklärung, daß Deutschland keine Tribute mehr zahlen könne. Dadurch erhielt Frankreich die Möglichkeit, die Lausanner Konferenz einfach zu sabotieren. Der Redner unterzog dann weiter die einzelnen außenpolitischen Schritte der Regierung, besonders auf der Abrüstungskonferenz, und gegen Litauen und Polen einer scharfen Kritik und schloß mit den Worten: Der Sturz dieses Systems ist das Ziel des Wahlkampfes. Es ist

### die tragische Schuld des Reichspräsidenten

von Hindenburg, daß er dieses System gestützt hat. Abg. Dr. Vredt (Wirtschaftspartei) erklärt: Das Kabinett Brüning sei vom Reichspräsidenten berufen worden, als ausgebrochenes Rechtskabinett, und ihm hätten sich die Deutschnationalen anschließen müssen. Die Annahme, die Nationalsozialisten in eine Koalition einbeziehen zu können, sei offenbar trügerisch. Die Forderungen des nationalsozialistischen Programms bedeuten die Vernichtung des kapitalistischen Systems und lauten auf

### die Durchführung einer sozialistischen Gesellschaftsform

hinaus. Redner beschäftigt sich dann mit der Frage der Reichspräsidentenwahl und mit den hierfür aufgestellten Kandidaten. Er lehnt das Auftreten des Stahlhelms gegen Hindenburg ab. Es entwickelt sich dann ein längeres Zwiegespräch, in dem sich Dr. Vredt sehr warm für das Kabinett Brüning einsetzt. Er erklärt, daß seine Partei noch einmal

### für die Regierung stimmen werde.

Abg. Graf von Westarp (Volkstom.) protestiert gegen den Ausschluß des Abg. Goebbels am Vortage. Er sei der Ansicht, daß Dr. Goebbels den Reichspräsidenten nicht beleidigen wollte.

Es sei aber ganz unpassend, die Wahl des Reichspräsidenten zum Anlaß parteipolitischer Auseinandersetzungen über das Regierungssystem zu machen. (Lebhafter Beifall und Händelassen in der Mitte.) Der Redner sprach sich im übrigen für die Kandidatur Hindenburg aus, der ja gar nicht die Möglichkeit gehabt habe, vom Reichstag beschlossene Gesetze zu verhindern. — Bei der Rede des Staatsparteilers Dr. Weber kam es zur Unterbrechung der Sitzung.

Dr. Weber kam auf politische Nordfragen zu sprechen und erklärte auf einen Zuruf von nationalsozialistischer Seite, es sei gewiß bedauerlich, wenn auch ein 16jähriger Hitlerjunge ermordet worden sei, aber ein 16jähriger Mensch gehöre nicht in den politischen Kampf.

Im übrigen aber seien die Nationalsozialisten auf dem Wege der politischen Morde voranzugehen. Bei diesen Worten erhob sich auf der Rechten und insbesondere bei den Nationalsozialisten ein Sturm der Entrüstung, der minutenlang andauerte. Es kam zu ungeheuren Tumulten. Die Nationalsozialisten säumten gegen die Rednertribüne vor, wurden aber von den nationalsozialistischen Abgeordneten Straffer zurückgehalten. Es ertönten fortgesetzt Rufe wie: "Abtreten!", "Wir haben 240 Tote im politischen Kampf verloren!" Da es dem Vizepräsidenten Effer nicht gelang, Ruhe zu schaffen, unterbrach er die Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der Vizepräsident, er habe Dr. Weber gebeten, die Bemerkung, die zur Unterbrechung der Sitzung Veranlassung gab, zurückzunehmen. Dr. Weber habe erwidert, er wolle seine Bemerkung begründen und habe dann auf die Bitte des Vizepräsidenten für heute auf diese Beantwortung verzichtet.

Abg. Simpfendorfer (Christlichsoz.) setzt sich energisch für die Kandidatur Hindenburg ein. Für ihn und die Partei des christlichen Volkstums sei er ein gottgeschönter



Reichswehrminister Groener spricht. Reichswehrminister Groener bei der Abgabe seiner Erklärungen gegen Goebbels und seinen Ausführungen über den Reichswehrerlaß bezüglich der NSDAP.